

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



AMBERG

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	003/0008/2024
	Erstelldatum:	18.03.2024
	Aktenzeichen:	Ref. 3 Dr. M/De
Antrag zur Bürgerversammlung vom 30.11.2021; Anreize schaffen für die energetische Nutzung von Dachflächen		
Referat für Recht, Umwelt und Personal Verfasser: Dereser, Christoph		
Beratungsfolge	11.04.2024	Umweltausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Überlegungen für Maßnahmen, die eine bewusste Entscheidung von Immobilieneigentümern herbeiführen, ob das Dach künftig energetisch genutzt werden soll, werden weiterhin zurückgestellt, bis zum einen wieder Kapazitäten bei den Handwerksbetrieben für die Einrichtung solcher Anlagen vorhanden sind und zum anderen ein Rückgang der jährlich hinzukommenden Anlagen festgestellt werden kann.

Sachstandsbericht:

Im Umweltausschusses am 21.07.2022 wurde die Thematik behandelt, ob Maßnahmen eingeführt werden sollen, welche eine bewusste Entscheidung von Immobilieneigentümern herbeiführen sollen, ob das Dach künftig energetisch genutzt werden soll. Die Überlegungen wurden zurückgestellt, bis die Handwerksbetriebe wieder Kapazitäten für die Errichtung solcher Anlagen frei haben.

An der bereits 2021 beschriebenen Situation, dass bei örtlichen Betrieben, die solche Anlagen installieren, eine enorm große Nachfrage besteht, hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert. Im Gegenteil ist die Nachfrage eher gestiegen, während die Kapazitäten gleichgeblieben sind. Wartezeiten von einem halben Jahr oder länger sind in der aktuellen Situation nicht ungewöhnlich. Zusätzliche Anreize würden entsprechend die Geschwindigkeit, in der neue Anlagen installiert werden, nicht positiv beeinflussen. Der Flaschenhals liegt bei der Frage der Dachnutzung momentan nicht bei der Bereitschaft der Immobilieneigentümer, sondern der mangelnden Kapazitäten der Installationsfirmen.

Die meisten Immobilienbesitzer bemühen sich bereits aktiv um Möglichkeiten, ihren Verbrauch an Wärme und Energie zu verringern und selbst für Stromerzeugung zu sorgen.

Nach Auswertungen des Marktstammdatenregisters für PV-Anlagen für das Jahr 2023 schneidet die Stadt Amberg sehr gut ab. Besonders im Bereich Zubau der Freiflächenanlagen belegte Amberg bundesweit den dritten Platz und auch bei den Anlagen an und auf Bauten wurden deutliche Zubauten verzeichnet. Dies spiegelt sich entsprechend auch in der Auslastung der Fachfirmen wider.

Die Verwaltung kommt daher zu dem Ergebnis, dass zusätzliche Impulse in der aktuellen Situation keine Vorteile versprechen, solange das Angebot deutlich geringer als die Nachfrage ist. Das Thema sollte erst dann wieder aufgegriffen werden, wenn die Installationsfirmen einen deutlichen Rückgang der Nachfrage melden und generell wieder Kapazitäten bestehen.

a) Beschreibung der Maßnahme mit Art der Ausführung

b) Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme

c) Begründung der Notwendigkeit der Behandlung im nicht öffentlichen Teil

d) Ablauf- bzw. Bauzeiten- und Mittelabflussplan

Personelle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Alternativen:

Anlagen:

Beschluss:

11.04.2024
SI/UA/60/24

Umweltausschuss

Beschluss:

Die Überlegungen für Maßnahmen, die eine bewusste Entscheidung von Immobilieneigentümern herbeiführen, ob das Dach künftig energetisch genutzt werden soll, werden weiterhin zurückgestellt, bis zum einen wieder Kapazitäten bei den Handwerksbetrieben für die Einrichtung solcher Anlagen vorhanden sind und zum anderen ein Rückgang der jährlich hinzukommenden Anlagen festgestellt werden kann.

Protokollnotiz:

Frau Stadträtin Ried informiert, dass nach Erkundigung bei mehreren Solar-Firmen ein Rückgang um 17 % im Vergleich zum letzten Jahr zu verzeichnen sei und die Auftragslage aktuell nur so gut sei, da noch Aufträge aus dem Vorjahr abzuarbeiten seien. Sie regt eine nochmalige Prüfung an und hält das Ganze nicht für einen Selbstläufer. Seitens der Stadt solle ein Signal gesetzt werden.

Frau Stadträtin Böhm-Donhauser hält einen Anreiz angesichts der Auslastung der Firmen derzeit für unnötig und befürwortet den Beschlussvorschlag.

Herr Stadtrat Witt schlägt die Beobachtung der Marktlage vor und Wiedervorlage sowie Reaktion bei eintretenden Änderungen. Auch er stimme dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Herr Stadtrat Weigl spricht sich gegen eine Förderung aus unter Hinweis auf Doppelförderung. Auch motiviere ein Zuschuss nicht zu einer Meinungsänderung bei dem Thema; sinnvoller sei es, Bürger zu überzeugen.

Die beste Förderung, so Herr Oberbürgermeister Cerny, sei, wenn es sich rentiere. Einfamilienhäuser könnten und wollten sich PV-Anlagen bei günstigeren Modulen und verbesserten Speichern leisten. Daher lehne er unter dem sozialen Aspekt eine Förderung aus Steuermitteln ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0